

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/04/2008

über die öffentliche Sitzung am 05.03.2008,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 22:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörn Schade

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Frau Carola Behr
Herr Jens Uwe Ehrlich
Herr Rolf Griesenberg
Herr Dieter Heidenreich
Herr Hartmut Möller
Herr Wolfgang Sinning

Bürgerliche Mitglieder

Herr Christian Conring
Herr Jörg Hansen

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Rudolf Beyrich	bis 21:30 Uhr; TOP 11
Frau Doris Brandt	ab 20:15 Uhr; TOP 9, bis 21:30 Uhr; TOP 11
Herr Hauke Feldvoss	Kinder- und Jugendbeirat, öffent- licher Teil
Frau Margot Sinning	Seniorenbeirat, öffentlicher Teil
Herr Klaus-Peter Trost	ab 20:15 Uhr; TOP 9, bis 21:30 Uhr, TOP 11

Sonstige, Gäste

Herr Landwehr	Büro Trapez zu TOP 7
Herr Schürmann	Büro Görnig zu TOP 7

Verwaltung

Herr Heinz Baade	bis 19:50 Uhr, TOP 7
Frau Andrea Becker	
Herr Thomas Reich	ab 20:05 Uhr; TOP 9
Frau Birgit Reuter	ab 20 Uhr; TOP 8, bis 21:30 Uhr;

Herr Ingo Reuter
Herr Wilhelm Thiele
Herr Ulrich Kewersun

TOP 11
bis 21:30 Uhr; TOP 11
Protokollführer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 02/2008 vom 06.02.2008
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 03/2008 vom 20.02.2008
- a b g e s e t z t -
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Bebauungsplan Nr. 81a **2008/033**
- Behandlung der Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 81a
7. Bebauungsplan Nr. 70 Teilgebiet A für den Ortsteil Wulfsdorf
- Sachstandsbericht
8. Antrag der GRÜNEN: Verbot von Terrassenheizstrahlern (AN/0004 /2008) **AN/0007/2008**
9. Verschiedenes
- 9.1. Autofreie Sonntage am 20.04.2008, 20.07.2008 und 12.10.2008
- 9.2. Bahnhofsteilpunkt Gartenholz
- Antrag auf Fördermittel -
- 9.3. Ersatzneubau für das Museumsgebäude der Grundschule Am Schloß
- Vorstellung des überarbeiteten Entwurfs -
- 9.4. Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2009
- 9.5. Aufgabe des Planungsziels Lückenschluss des "Ring 3" in Rahlstedt
- 9.6. Verfahren zur Aufstellung des B-Plans Nr. 82 für das Gebiet Beimoor-Süd
10. Kenntnisnahmen
- 10.1. Taubenkot am Tunnel Manhagener Allee
- 10.2. Sitzungsablauf

- 10.3. Fassade CCA II. BA und Abwicklung auf der Nordseite der Klaus-Groth-Straße
- 10.4. Anträge des Kinder- und Jugendbeirates sowie des Seniorenbeirates zur Verbesserung der verkehrlichen Lage um den Eispavillon in der Hagener Allee
- 10.5. Stellungnahme des Kinder- und Jugendbeirates zur Änderung des Durchführungsvertrages (vgl. TOP 11)
- 10.6. Neubau Peter-Rantzau-Haus
- Standort, Wirtschaftlichkeit und Bauleitplanung -
- 10.7. Abfallbehälter in der Ladestraße
- 10.8. Verkehrsdaten für den Kreisverkehrsplatz am AOK-Knoten

1 Festsetzung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Christian Conring als neues Bürgerliches Mitglied des Bau- und Planungsausschusses begrüßt. Der Vorsitzende verpflichtet ihn durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die in der Einladung vom 21.02.2008 vorgeschlagene Tagesordnung und schlägt folgende Änderungen vor:

- a) Der Tagesordnungspunkt 4 muss vertagt werden, da das zur Genehmigung anstehende Protokoll noch nicht fertig gestellt und an die Gremien verteilt werden konnte.
- b) Der öffentliche Sitzungsteil sollte um den TOP
„Realisierungskonzept Schlosspark-Aue-Innenstadt und 2. Teilprojekt Große Große Straße-Süd
– Freigabe von Haushaltsmitteln für den Baumschnitt –“
ergänzt werden. Hier geht es um die von der Ahrensburger Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2007 beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 und die unter der HHSt. 5800.9525 „Freiflächengestaltung Große Straße“ beschlossene Haushaltssperre, wonach sowohl die Haushaltsmittel als auch die Verpflichtungsermächtigung nur mit Zustimmung des Umwelt- sowie des Bau- und Planungsausschusses in Anspruch genommen werden dürfen. Um den Rückschnitt der zukünftigen Kastenlinden unter Berücksichtigung der jahreszeitlichen Vorgaben vorzuziehen, auf die Zeit zwischen dem 07.04. und 23.05.2008, muss demnach aus formellen Gründen von beiden Ausschüssen kurzfristig folgender Beschluss gefasst werden:

Von den unter HHSt. 5800.9520 „Freiflächenplanung Große Straße“ im Haushaltsplan 2008 bereitgestellten Mitteln von 400.000 € darf ein Anteil in Höhe von bis zu 35.000 € in Anspruch genommen werden für das Projekt „Rückschnitt der Kastenlinden auf den Freiflächen der Großen Straße“.
- c) Zu Beginn des nicht öffentlichen Sitzungsteils sollte in einem ergänzenden Tagesordnungspunkt nochmals Gelegenheit gegeben werden, den Durchführungsvertrag zum Vorhaben- und Erschließungsplan des B-Planes Nr. 83 für das Einkaufszentrum unter rechtlichen Aspekten zu erörtern. Anlass sind die in der Stadtverordnetenversammlung am 25.02.2008 aufgeworfenen Fragen zur Rechtsposition der Stadt und möglichen hiermit verbundenen Risiken. Da hier das öffentliche Wohl tangiert ist, sollte die Beratung und Abstimmung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.

In der anschließenden Aussprache kommt der Ausschuss einvernehmlich überein, der unter b) empfohlenen Ergänzung der Tagesordnung nicht zu fol-

gen, sondern den Sperrvermerk dahingehend zu interpretieren, dass für dieses Teilprojekt allein der Umweltausschuss zuständig ist und damit auch die Vergabe der entsprechenden Haushaltsmittel beschließen sollte.

Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass die Beiratsmitglieder im rechtlichen Sinn Öffentlichkeit darstellen und damit nicht teilnehmen können am nicht öffentlichen Sitzungsteil. Etwaige Anmerkungen zu dem Thema „Durchführungsvertrag und Einkaufszentrum Klaus-Groth-Straße“ müssten unter Verschiedenes im öffentlichen Sitzungsteil vorgestellt werden.

Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass die Fassade des Einkaufszentrums Klaus-Groth-Straße 2. Bauabschnitt unter Verschiedenes vorgestellt werden soll.

Ohne weitere Aussprache wird anschließend zunächst über die entsprechenden Anträge des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt.

— Zu TOP 11

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

— Zu TOP 14

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Während zum Ausschluss der Öffentlichkeit beim TOP 12 ein genereller Beschluss vorliegt und über den Ausschluss der Öffentlichkeit beim TOP 13 bereits in der letzten Ausschusssitzung befunden worden ist, hat der BPA damit auch bei den verbleibenden Tagesordnungspunkten mit der gemäß § 46 Abs. 8 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

Letztlich wird über die insoweit veränderte Tagesordnung als Ganzes abgestimmt.

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die Vorlagen-Nr. 2008/030 und die Entscheidung Einzelbauvorhaben unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten. Zum einen bittet es, sich die Rechtsauffassung durch das Innenministerium bestätigen zu lassen, zum anderen bietet die Verwaltung an, dass Detailfragen zu diesem Thema über sie an das Land Schleswig-Holstein weitergeleitet werden.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

2 Einwohnerfragestunde

Frau Hildebrandt von der Elternvertretung der Grundschule Am Schloß erkundigt sich nach dem Ersatzneubau für das Museumsgebäude. Wie ihr bestätigt wird, ist der Abriss des alten Gebäudes beauftragt und kann – wie gewünscht – in den Osterferien vorgenommen werden. Die überarbeiteten Bauentwürfe werden in der heutigen Sitzung unter dem TOP Verschiedenes vorgestellt und können von ihr morgen eingesehen werden.

Keine weiteren Fragen.

3 Genehmigung des Protokolls Nr. 02/2008 vom 06.02.2008

Das Ausschussmitglied Hansen bezieht sich auf die handschriftliche Seite 4 des Protokolls und bittet, unter TOP 3 die Wörter „der Verwaltung“ konkretisierend zu ändern in „des Herrn Thiele“. Dieser der Sitzung am 16.01.2008 betreffende Darstellung habe am 20.02.2008 keiner der Sitzungsteilnehmer widersprochen, wobei die Bürgermeisterin in ihrer Stellungnahme zur eingereichten Dienstaufsichtsbeschwerde abschließend feststelle, dass es sich um ein Missverständnis gehandelt haben muss. Herr Hansen geht weiterhin von einer wahrheitswidrigen Auskunft aus und warnte in diesem Zusammenhang vor der Gefahr, in den Augen der Öffentlichkeit willfährige Entscheidungen herbeizuführen.

Ein Ausschussmitglied konkretisiert seine Anmerkung unter TOP 8.7 dahingehend, dass die mangelnde Funktionalität nicht auf die Breite der Rampen, sondern deren Absätze zurückzuführen sei. Insofern erhält das Protokoll folgende Fassung:

Ein Ausschussmitglied weist auf die seiner Auffassung nach nicht funktionalen Schieberampen für Fahrräder an der Treppenanlage hin und bittet die Verwaltung, sich bei der Deutschen Bahn für eine bauliche Anpassung einzusetzen.

Keine weiteren Einwendungen. Unter Berücksichtigung der genannten beiden Anpassungen gilt das Protokoll damit als genehmigt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 03/2008 vom 20.02.2008

- a b g e s e t z t -

5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Wie der Vorsitzende berichtete, gab es in der Sitzung am 20.02.2008 unter Ausschluss der Öffentlichkeit zum TOP „Zustimmung zu Einzelbauvorhaben nach § 36 BauGB“ 2 Entscheidungen:

Zum einen wurde bei einer Bauvoranfrage in der Schimmelmanstraße zur Realisierung von 3 Baureihen auf einem tiefen Grundstück das Einvernehmen gemäß § 34 Abs. 1 in Verbindung mit § 36 BauGB versagt, zum anderen hat der Ausschuss einem Bauantrag zugestimmt für 2 Grundstücke an der Otto-Siege-Straße, die südlich und nördlich der Straße Ellenbogen liegen. Die Zustimmung war verbunden mit Befreiungen gemäß § 31 Abs. 2 in Verbindung mit § 36 BauGB, wobei über das Material und die Farbgestaltung der Fassade ergänzend beraten und entschieden werden soll.

7 Bebauungsplan Nr. 70 Teilgebiet A für den Ortsteil Wulfsdorf - Sachstandsbericht

Herr Schürmann sowie Herr Landwehr, in Vertretung des erkrankten Herrn Straeter von Conplan, berichten anhand von Lageplänen und Gebäudestudien den Verfahrensstand zur Entwicklung des ehemaligen Forschungsgebietes für Zierpflanzen. Dort soll neben der wohnbaulichen Nutzung vor allem die Priorität gesetzt werden auf landwirtschaftlich geprägtes Gewerbe.

Die Untersuchungen über Verkehr, Landschaft, Lärm und Boden laufen bzw. sind nahezu abgeschlossen. Die festgestellten geringfügigen Bodenbelastungen werden im Rahmen der Baumaßnahmen beachtet und behoben, der Lärmschutz entlang der tiefer liegenden U-Bahntrasse wären durch angemessene aktive und/oder passive Maßnahmen zu gewährleisten.

Wie die Gäste mit Hilfe eines Belegungsplanes aufzeigen, sind viele der familienfreundlich gestalteten Wohneinheiten südlich des Bornkampsweges fest vergeben oder reserviert, wobei die Entwürfe zum Teil bereits detailliert bis hin zu Bauanträgen vorliegen. Im nördlichen Teilbereich ist eine Anordnung der Gebäude zugunsten des Landschaftsbezuges geändert worden. Ferner steht fest, dass die Glashäuser erhalten bleiben und unbeheizt genutzt werden. Die Gebäude daneben sollen durch den Vertrieb der so genannten Gemüseboxe genutzt werden. Der Fortschritt der Planung werde insgesamt auch durch die Gründung der GbR „Wohnen mit Wildrosen“ dokumentiert, die ähnlich wie beim Allmende-Projekt die Eigentümerfunktion wahrnehmen wird.

Anders als ursprünglich angedacht ist derzeit noch nicht gesichert, dass das seit geraumer Zeit leer stehende Gebäude im südlichen Bereich (U-Gebäude) nicht doch wieder als Labor genutzt werden soll. Dieses erscheint aufgrund der Gebäudesubstanz zwar nicht als wirtschaftlich, würde jedoch in den Planungen dazu führen, dass der geplante Reiterhof nach Süden verlegt werden müsste. Trotz der Erweiterung des Geländes gen Süden zeichnet sich in der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung ab, dass die Entwicklung in der Bilanzierung nicht mit einer Ver-, sondern mit einer Entsiegelung der Institutsflächen einhergeht.

Auf den Einwand von Bewohnern des Ortsteils Wulfsdorf wird entgegnet, dass mit der Verschiebung der Baugrenze nach Süden keine Zersiedlung der Landschaft einhergehe und sich die aktuell aufgezeigte Entwicklung in das Ortsbild einfüge.

8 **Antrag der GRÜNEN: Verbot von Terrassenheizstrahlern AN/0007/200**
(AN/0004 8
/2008)

Zu Beginn wird sowohl der Antrag als auch die vorab in der Vorwoche an die BPA-Mitglieder verteilte Stellungnahme der Verwaltung vom 22.02.2008 (vgl. Anlage zu diesem Protokoll) erläutert. Klargestellt wird hierbei, dass sich der Antrag nicht auf die Aufstellung und den Betrieb von Terrassenheizstrahlern auf privaten Flächen von Gaststätten bezieht, dieses aber ohnehin durch die Rechtslage nicht gedeckt gewesen wäre - weder über § 5 Abs. 1 Gaststätten-gesetz, noch über § 45 Landesbauordnung Schleswig-Holstein.

Anschließend werden insbesondere folgende Argumente bei der vorzunehmenden Interessenabwägung angeführt:

Vonseiten der Befürworter wird auf die Umweltschädigung verwiesen und betont, dass sich die Pflicht der öffentlich-rechtlichen Körperschaften bei ökologischen Themen eine Vorbildfunktion wahrzunehmen auch erstreckt auf symbolische Entscheidungen, um im Kleinen anzufangen. Dass auch ohne Heizstrahler die Außenflächen wirtschaftlich genutzt werden könnten, werde auf dem Rondeel bewiesen, wo stattdessen ausschließlich Decken zum Wärmen bereitgelegt werden.

Die Gegner des Verbotes können diese Argumente zwar nachvollziehen, warnen jedoch vor einer überzogenen Regulierung, die zudem sowohl die Gastronomie in einem nach Einführung des Rauchverbotes schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als auch die allseits gewollte sichtbare Belebung der Ahrensburger Innenstadt treffe.

Nachdem der Antragsteller die Interpretation der Verwaltung aufgegriffen hat, wird über folgende Empfehlung des BPA an die Stadtverordnetenversammlung abgestimmt:

1. Die Stadtverordnetenversammlung verbietet im Rahmen der Sondernutzung die Aufstellung von Heizstrahlern im öffentlichen Straßenraum.
2. Es wird eine Änderungssatzung beschlossen, in der die „Anlage zu § 4 der Gebührensatzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg“ unter Nummer 1.4 folgende Fassung erhält:

Gebührentatbestand

Gebühr

Aufstellen von Tischen, Stühlen und/oder ergänzenden Gegenständen zum Verkauf und zur Bewirtung:

- a) ohne überwiegend geschlossene Seitenwände/Windfangsysteme

ab 1 m Höhe	
je m ² monatlich	4,25 €
je m ² jährlich	18,00 €
b) mit überwiegend geschlossenen Seitenwänden/Windfangsystemen	
ab 1 m Höhe	
je m ² monatlich	5,50 €
je m ² jährlich	22,00 €

Diese Satzungsänderung sollte zum 01.01.2009 in Kraft treten.

Abstimmungsergebnis:

**3 dafür
7 dagegen**

9 Verschiedenes

9.1 Autofreie Sonntage am 20.04.2008, 20.07.2008 und 12.10.2008

Die Verwaltung gibt die nächsten 3 Termine bekannt, an denen die Freie und Hansestadt Hamburg im Rahmen ihres Klimaschutzprogrammes die Nutzung des ÖPNV-Angebotes im HVV-Großbereich finanziert. Das Anschreiben des Kreises Stormarn vom 20.02.2008 ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Wie die Sitzungsteilnehmer gemeinsam feststellen, müsste die Aktion breiter kommuniziert werden als am ersten Autofreien Sonntag im Januar 2008 geschehen. Angedacht ist ein Informationsstand der Stadt vor dem Bahnhof Ahrensburg.

9.2 Bahnhofstoppunkt Gartenholz - Antrag auf Fördermittel -

Wie die Verwaltung bekannt gibt, ist für die Baumaßnahme „Haltepunkt Gartenholz“ in der 8. Kalenderwoche 2008 bei der LVS Schleswig-Holstein ein Antrag auf Förderung mit GVFG-Mitteln gestellt worden. Entsprechende Anträge werden in den nächsten Tagen bei anderen möglichen Fördergebern eingereicht. Basis der Antragstellung ist die bisherige Beschlusslage einschließlich der anhand der Vorlagen-Nr. 2008/032 in der Sitzung am 20.02.2008 getroffenen Entscheidung, wobei in dem Antrag die detaillierte Erschließung auf der Westseite offen gelassen wurde. Die Antragstellung war erforderlich, um den Zeitplan bei der anstehenden Ausschreibung einhalten zu können.

9.3 Ersatzneubau für das Museumsgebäude der Grundschule Am Schloß - Vorstellung des überarbeiteten Entwurfs -

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die vom BPA am 06.02.2008 anhand der Vorlagen Nr. 2008/019 getroffene Entscheidung der Freigabe der für den Neubau benötigten Haushaltsmittel zwar zuzustimmen, die Dachform und Fassade des Gebäudes aber nochmals zu überarbeiten (vgl. Protokoll Nr. 2/2008; TOP 7).

Anhand der beigefügten Grundrisse und Ansichten wird der überarbeitete und mit der Denkmalpflege abgestimmte Entwurf vorgestellt. Er sieht ein flach geneigtes Satteldach, vom Hauptgebäude gestalterisch abgesetzte größere Fensterfronten und eine im Grauton zu streichende Putzfassade vor.

Der Erhalt der alten Westfassade hätte bei Einhaltung der funktionellen Raumaufteilung Mehrkosten von über 200.000 € verursacht.

Der BPA nimmt Kenntnis.

9.4 Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2009

Wie das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein über den Kreis Stormarn mitgeteilt hat, befindet sich das Aufstellungsverfahren zum Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2009 derzeit im Anhörungs- und Beteiligungsverfahren gemäß § 7 Abs. 1 Landesplanungsgesetz. Zwar haben die Kommunen angesichts der gesetzten Frist zum 31.07.2008 ausreichend Zeit, um Stellungnahmen zum Entwurf abzugeben, mit dem Thema sollten sich die einzelnen Fraktionen aber bereits zum jetzigen Zeitpunkt befassen. Das Innenministerium lädt zu so genannten Regionalveranstaltungen ein, wobei die Veranstaltung für den südöstlichen Landesteil durchgeführt wird am 13.03.2008 ab 18 Uhr in Bad Oldesloe, Kreisverwaltung Stormarn, Kreistags-sitzungssaal im Gebäude KT. Den Mitgliedern des BPA wird anheim gestellt, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Die Verwaltung verteilt entsprechende Unterlagen.

9.5 Aufgabe des Planungsziels Lückenschluss des "Ring 3" in Rahlstedt

Wie bereits der Presse im Herbst 2007 entnommen werden konnte, will die Freie und Hansestadt Hamburg auf den Lückenschluss des Ring 3 in Rahlstedt verzichten. Die Stadt Ahrensburg ist von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wegen der geplanten Änderung des dortigen Flächennutzungsplanes eingeschaltet worden. Danach soll die Ausweisung als „Sonstige Hauptverkehrsstraße“ in die bestandsmäßigen Darstellungen Grünflächen, Flächen für die Landwirtschaft sowie Wohnbauflächen geändert werden. Damit wird das Ziel endgültig aufgegeben, den Ring 3 über die Bundesstraße 437 (Sieker Landstraße) bis an die Bundesautobahn 1 zu verlängern.

Nach Klärung von Verständnisfragen zur Lage der ursprünglich vorgesehenen Trasse berichtet die Verwaltung über die von Ahrensburg in ihrer Funktion als Nachbargemeinde abgegebene Stellungnahme, die wie folgt lautet:

Die Stadt Ahrensburg bedauert die bauleitplanerische „Herausnahme“ aus dem F-Plan im Rahlstedter Stadtgebiet für eine mögliche Lückenschlussstrassierung des Ring 3, da diese Trassierung zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Verkehre von den Anschlussstellen an die BAB 1 führen würde. Alternative bzw. übergreifende Verkehrskonzepte sollten die Verteilung von und zu den Anschlussstellen Stapelfeld/Barsbüttel untersuchen und Alternativlösungen vorschlagen.

Der BPA nimmt hiervon sowie ergänzend von der Mitteilung Kenntnis, dass die anderen tangierten Kommunen Schleswig-Holsteins ähnlich lautende Stellungnahmen abgegeben haben.

9.6 Verfahren zur Aufstellung des B-Plans Nr. 82 für das Gebiet Beimoor-Süd

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Entscheidungen der städtischen Gremien über den Verkauf einzelner Flächen im Gebiet des B-Planes Nr. 82 dazu führen, dass zur Sicherung der Erschließung die öffentlichen Straßenflächen angepasst werden müssen mit der Folge, dass ein Präjudiz geschaffen wird im Rahmen der Bauleitplanung. Konkret betroffen hiervon ist zum einen die Verlängerung des Roggenweges und zum anderen die südlich hiervon verlaufende Erschließungstrasse zu den Sportanlagen.

Im Rahmen von Nachfragen bestätigt die Verwaltung unter anderem, dass diese Anpassungen auf den konkreten Flächenbedarf von Käufern zurückzuführen sind und dieses im vorliegenden Fall mit der Reduzierung von veräußerbarer Gewerbefläche einhergehe.

10 Kennntnisnahmen

10.1 Taubenkot am Tunnel Manhagener Allee

Auf die Frage einer Sitzungsteilnehmerin bestätigt die Verwaltung, dass der Aufwand für die Beseitigung des Vogelkotes im Bereich der Treppenanlagen zum Fußgängertunnel Manhagener Allee nach wie vor sehr hoch ist, der Auftrag zur Installation der Netze unterhalb der Dachkonstruktion jedoch in Auftrag gegeben worden sei und über die HHSt. 6300.5120 finanziert werde.

10.2 Sitzungsablauf

Eine Sitzungsteilnehmerin bittet mit Hinweis auf die Sitzung am 20.02.2008 beim Sitzungsablauf zumindest die Grundzüge der Gemeindeordnung zu beachten. Daraufhin resümiert der Vorsitzende, dass in den Fällen, in denen die Bevölkerung zu Wort gekommen ist, das Einverständnis der übrigen Ausschussmitglieder eingeholt worden ist. Nach Ansicht des Vorsitzenden waren die meisten Wortbeiträge der Einwohner konstruktiv, an der Sache ausgerichtet und für den Ausschuss hilfreich. In konkreten Fällen bittet er künftig um Hinweise und zieht in Erwägung, die Beteiligung der Öffentlichkeit künftig eventuell im Rahmen von Sitzungsunterbrechungen zu ermöglichen.

10.3 Fassade CCA II. BA und Abwicklung auf der Nordseite der Klaus-Groth-Straße

Auf den am 06.02.2008 geäußerten Wunsch eines Ausschussmitgliedes werden die Fassaden der Gebäude auf der Nordseite der Klaus-Groth-Straße zwischen Große Straße und Reeshoop vorgestellt. Diese sind im Einzelnen

1. das Eckgebäude Große Straße 26 nach der Erweiterung des Aldi-Marktes und der Fassadensanierung (vgl. Anlage 1) mit den rot-braunen Tresaplaten und einem anthrazitfarbigen Klinker zum Schließen der ungenutzten Glasfront des Einzelhandelsgeschäftes,
2. das CCA II. BA (vgl. Anlage 2) mit der überwiegend aus Glas bestehenden Fassade und
3. das so genannte III. BA auf dem Eckgrundstück Reeshoop 2 (vgl. Anlage 3) mit der Putzfassade.

In der anschließenden Aussprache wird betont, dass das Gebäude Große Straße 26 in seiner Grundsubstanz wegen der bestehenden Mietverhältnisse unverändert erhalten bleibt sowie die Farbgestaltung durch die auf der Ansichtszeichnung zurück genommenen Fenster- und Betonfronten ab dem 1. Stockwerk in der Realität aufgewertet werden würde.

Ein Ausschussmitglied betont, dass für den aus Richtung Große Straße kommenden Verkehr durch die große Baulücke ab dem 1. Stockwerk auch prägend sei die Ostansicht des mittleren Gebäudes bzw. des Giebels vom CCA II. BA. Dieser sollte entsprechend attraktiv gestaltet und dem BPA vorgestellt werden.

10.4 Anträge des Kinder- und Jugendbeirates sowie des Seniorenbeirates zur Verbesserung der verkehrlichen Lage um den Eispavillon in der Hagener Allee

Der Vertreter des Kinder- und Jugendbeirates bezieht sich auf die Anträge Nrn.: 35 und 36 aus dem Jahr 2007 und erkundigt sich nach dem Verfahrensstand. Die Verwaltung berichtet hierzu, dass derzeit eine Planung zur Optimierung der Fahrradfurten im Platzbereich der Hagener Allee ausgearbeitet werde mit dem Ziel, diese – wie im Beschluss vom 05.12.2007 gefordert – im Rahmen einer Vorlage dem BPA zur Entscheidung vorzulegen. Hiermit sei im April/Mai 2008 zu rechnen.

10.5 Stellungnahme des Kinder- und Jugendbeirates zur Änderung des Durchführungsvertrages (vgl. TOP 11)

Ohne Kenntnis der detaillierten Rechtslage warnt der Kinder- und Jugendbeirat davor, auf das Zustimmungserfordernis der betroffenen Anwohner zu verzichten, da die Stadt diese Bedingung bewusst vom Investor gefordert habe und dieser mit dem Vorgehen durch Unterzeichnung des Durchführungsvertrages einverstanden gewesen ist.

10.6 Neubau Peter-Rantzau-Haus - Standort, Wirtschaftlichkeit und Bauleitplanung -

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die Beratung am 26.02.2008 im Finanzausschuss über die vergleichende Analyse zur Wirtschaftlichkeit einer ÖPP-Realisierung (vgl. Protokoll Nr. 2/2008; TOP 6) und bittet die Verwaltung, den Stand des Verfahrens im parallel laufenden Bauleitplanverfahren darzulegen. In Bezug auf den Standort des Gebäudes über den heutigen Tiefgaragenrampen des Rathauses und der Frage, ob eine Verschiebung des Baukörpers nach Süden nicht spürbar kostengünstiger wäre, verweisen andere Ausschussmitglieder auf den in Kenntnis des gesamten Sachverhaltes getroffenen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Standortfrage.

10.7 Abfallbehälter in der Ladestraße

Ein Ausschussmitglied bittet, den in der Ladestraße kürzlich installierten Papierkorb besser zu befestigen, um künftig die bereits aufgetretenen Vandalismusschäden zu vermeiden.

10.8 Verkehrsdaten für den Kreisverkehrsplatz am AOK-Knoten

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Beratung am 20.02.2008 anhand der Vorlagen Nr. 2008/029 zum Thema „Bau eines Kreisverkehrsplatzes Hamburger Straße/Woldenhorn in Ahrensburg“ und bittet um dezidierte Darstellung, auf welcher Zahlenbasis das Belastungspotenzial des Kreisverkehrsplatzes ermittelt bzw. in der Simulation dargestellt worden ist. Insbesondere sollte dargelegt werden, welche Ist-Zahlen (Zählung Januar 2008) der Prognose für das Jahr 2020 zugrunde gelegt worden sind. Hierzu stellt er auch im Namen des gesamten Ausschusses klar, dass die getroffene Entscheidung zugunsten des Kreisverkehrsplatzes wesentlich von dem Zahlenmaterial abhängig war.

gez. Jörn Schade
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun
Protokoll